

Auswirkungen auf Wachstum, Beschäftigung und Demokratie durch die Umverteilungswirkung einer Vermögensabgabe

Einleitung und Zusammenfassung

Vermögen ist in Österreich sehr ungleich verteilt. Die Arbeiterkammer geht davon aus, dass die Österreicherinnen über ein Privatvermögen von 1,3 bis 1,5 Billionen Euro (je nach Länderkammer) verfügen. Dabei sieht jedoch die Verteilung nach den Erhebungen der Österreichischen Nationalbank von 2004 bzw. 2008 konkret so aus, dass das oberste zehn Prozent über mehr als zwei Drittel (das oberste Prozent allein mehr als ein Drittel) verfügt, während 90 Prozent über weniger als ein Drittel verfügt. Der Gini-Koeffizient der Vermögensverteilung in Österreich ist dementsprechend hoch: ca. 0,6. Damit ist dieser mehr als doppelt so hoch wie jener der Einkommensverteilung.

Diese Ungleichheit der Verteilung ist inzwischen so hoch, dass sie eine massive Bedrohung der Demokratie darstellt. Denn das reichste Prozent verfügt mit seinen finanziellen Möglichkeiten über einen ungeheuren Einfluss, den diese Gruppe durch umfassendes Lobbying und durch ihren wirtschaftlichen Einfluss auf Politik und Medien geltend macht. Die untersten Einkommen hingegen erliegen zunehmend den Verlockungen des Rechtspopulismus und haben sich mehr und mehr aus der demokratischen Teilhabe verabschiedet. Insofern versteht sich diese Arbeit als Grundlage für eine demokratische Erneuerung durch umfassende ökonomische Eingriffe in die Vermögensverteilung.

Diese Arbeit möchte untersuchen, welche Impulse auf Wachstum und Beschäftigung möglich sind, wenn man einen wesentlichen Anteil des sich den Händen des reichsten 10 Prozent befindlichen Vermögens so umverteilt, dass Wachstum und Beschäftigung angekurbelt werden. Dieser Impuls kann entweder durch direkte Erhöhung des verfügbaren Haushaltseinkommens der unteren acht bis neun Einkommensdezile erzielt werden; oder indirekt durch gezielte Investitionen in den Sozial- und Umweltbereich, sodass die Beschäftigung und die Löhne steigen. Durch diese Maßnahmen würde den betreffenden Haushalten wesentlich mehr Geld für Konsum zur Verfügung stehen.

Der Arbeit geht es nicht um die Ausgestaltung konkreter Modelle der Umverteilung, sondern um die Herausarbeitung von ökonomischen Modellrechnungen zu den Auswirkungen auf die

österreichische Volkswirtschaft, wenn mehrere hunderte Milliarden Euro (über einen Zeitraum von zehn Jahren) aus dem Vermögen der obersten zehn Prozent durch eine Umverteilung in die Einkommengruppen der unteren 8 bis 9 Dezile fließen. Wir greifen wegen seines großen Ausmaßes der Umverteilung im Prinzip auf das Vermögensabgabemodell von Attac Deutschland zurück.

Wesentliches methodisches Instrument dieser Arbeit wird die Anwendung des Prinzips des Keynesianischen Multiplikatoreffektes sein – unter der Voraussetzung, dass der Impuls durch eine Vermögensabgabe, also einen steuerlichen Effekt gesetzt wird, um die Wirksamkeit der Umverteilung einzuschätzen. Möglich sind dafür direkte Transferleistungen an die anvisierten Haushalte über diesen Zeitraum bzw. massive staatliche Investitionsprogramme, z.B. in den Sozial-, Bildungs- und Umweltbereich. Über starke Einkommenszuwächse in den unteren Dezilen und starke Erhöhung der Beschäftigtenzahl werden riesige Wachstumseffekte erzeugt, die wiederum weitere Nachfrageeffekte mit sich bringen sollten. Methodisch werden wir in diesem Zusammenhang auf das Konzept des „balanced budget multiplier“ und das Haavelmo-Theorem zurückgreifen. Wegen der spezifischen Ausformung der angenommenen Umverteilung werden wir uns jedoch erlauben, hinsichtlich der Einschätzung der Auswirkung von diesen klassischen Annahmen abzuweichen.

Vermögensverteilung

Wie wir bereits sagten, ist das Vermögen in Österreich sehr ungleich verteilt. Sehen wir uns einige Details genauer an. Besonders ungleich ist die Verteilung beim Immobilienvermögen. Gut 40 Prozent verfügen überhaupt kein Immobilienvermögen, die obersten zwanzig Prozent über gut drei Viertel davon. Das oberste zehn Prozent verfügt über 61 Prozent des Immobilienwertes, ein Haushalt hat also durchschnittlich Immobilien im Wert von 1,5 Mio. Euro. Das reichste ein Prozent verfügt über 22 Prozent der Immobilienwerte, ein Haushalt hat also durchschnittlich gar Immobilien im Wert von als 5,3 Mio. Euro.

Auch das Geldvermögen (insgesamt ca. 550 Milliarden Euro) ist sehr ungleich verteilt. Beim Nettogeldvermögen kommen die Untersuchungen der ÖNB zum Ergebnis, dass die untersten Dezile sogar Schulden haben. Sehen wir uns der Einfachheit halber nur die Bruttogeldvermögen an. Dann erkennen wir, dass ein Haushalt aus dem untersten Dezil durchschnittlich ein Geldvermögen von 1,500 Euro hat. Der Median liegt bei 24.000 Euro, das Durchschnittsgeldvermögen bei 55.000 Euro. Die obersten zehn Prozent hingegen haben 54 Prozent des gesamten Geldvermögens in ihren Sparstrümpfen. Auf den Sparbüchern dieser Gruppe liegt also durchschnittlich ein Vermögen von 290.000 Euro. Allein das reichste ein Prozent verfügt über 27 Prozent des Geldvermögens. Das macht pro Reichenhaushalt ein durchschnittliches Geldvermögen von 1,13 Mio. Euro.

Einnahmepotential einer Vermögensabgabe

Basierend auf der sehr ungleichen Vermögensverteilung liegt es nahe, den Hebel der Umverteilung gerade dort anzusetzen. Verschiedene Modelle einer Vermögensbesteuerung sind in Österreich seit ein paar Jahren im Gespräch. Die verschiedenen Ansätze aus Gewerkschaft, Sozialdemokratie und Zivilgesellschaft unterscheiden sich in der Höhe des Freibetrages und in der Abstufung und Höhe des Höchststeuersatzes. Die Größenordnung des Freibetrages schwankt zwischen 250.000 und 1 Mio. Euro, der Höchststeuersatz liegt zwischen 1,5 und etwa 2 Prozent. Mit dieser Größenordnung liegen die zu erwartenden Einnahmen einer Vermögenssteuer zwischen 1,5 und 5 Milliarden Euro jährlich.

Attac Deutschland hat hier mit seiner Forderung nach einer einmaligen Vermögensabgabe mit bis zu 80 Prozent bei sehr hohem Vermögen eine völlig neue Dimension aufgetan. Ins Visier nimmt das Netzwerk dabei die Millionäre und Milliardäre. Attac Deutschland fordert nämlich eine progressiv gestaffelte Abgabe *in der durchschnittlichen Gesamthöhe von bis zu 50 Prozent des Nettovermögens der Millionäre und Milliardäre*. Die Vermögensabgabe soll jedoch stark progressiv gestaffelt sein, beginnend mit 20 Prozent Vermögensabgabe *bis hin zu 80 Prozent* für die superreichen Milliardäre. Damit nur das reichste eine Prozent der Gesellschaft mit der Abgabe belastet wird und damit kleine und mittlere Betriebe nicht in eine Finanzierungsklemme geraten, soll ein Freibetrag von einer Million Euro auf private Vermögen und zwei Millionen Euro auf Betriebsvermögen bestehen.

Da das vorhandene Vermögen nicht immer gleich liquide ist, soll zwar vorhandenes Geldvermögen am Stichtag (der wegen der Gefahr des Abflusses in der Vergangenheit liegen muss) abgabepflichtig sein, für die Abgabe auf die anderen Vermögensarten, insbesondere das Betriebsvermögen und Teile des Immobilienvermögens (damit einfache EigenheimbesitzerInnen nicht verkaufen müssen), soll eine Laufzeit von 10 Jahren eingeräumt werden.

Für die einfachere Berechnung der folgenden Modellentwicklung werden wir im Weiteren davon ausgehen, dass die Abgabe in gleichen Raten zehn Jahre lang geleistet wird. Für Österreich möchten wir weiters davon ausgehen, dass der Gesamtumfang der Einnahmen bei 30 Prozent des Gesamtvermögens liegt. Bei einem angenommenen Gesamtvermögen von 1,35 Billionen Euro wäre somit durch diese Maßnahme ein Volumen an Einnahmen von gut 400 Mrd. Euro zu lukrieren. Jährlich ergibt das über einen Zeitraum von zehn Jahren somit zusätzliche Einnahmen von 40 Mrd. Euro für Wachstumsimpulse des Staates.

Der Multiplikatoreffekt in einer Volkswirtschaft

Als Multiplikator wird in der Volkswirtschaftslehre jener Faktor bezeichnet, der angibt, in welchem Ausmaß sich ein ursprünglicher wirtschaftlicher Impuls (die unabhängige Variable) auf eine zu erklärende Größe (die abhängige Variable) auswirkt. Als abhängige Variable wird zumeist die gesamtwirtschaftliche Nachfrage in Folge eines Investitionsimpulses durch den Staat betrachtet. Dieses Konzept geht auf John Maynard Keynes zurück, der damit erklären wollte, wie die Erhöhung der Staatsausgaben zu einem Wachstumsschub während einer Rezensionsphase führt.

Der Grund für die Wirksamkeit ist, dass der Multiplikatorprozess in mehreren Stufen abläuft. Auf der ersten Stufe führt die Erhöhung der Staatsausgaben (*Primärimpuls*) zu einer gleich großen Erhöhung des Einkommens. Bei einer Konsumquote $c > 0$ wird ein Teil des erhöhten Einkommens für zusätzliche Konsumausgaben eingesetzt, die ebenfalls auf der nächsten Stufe das Einkommen weiterer Wirtschaftssubjekte vergrößern. Der Expansionsprozess setzt sich fort, allerdings mit abnehmender Wirkung, da die Haushalte jeweils einen Teil der zusätzlichen Einkommen einsparen. In der Summe wird sich die Gesamtnachfrage um ein Mehrfaches des ursprünglichen Impulses erhöhen.

Arithmetisch lässt sich die Höhe des Effektes wie folgt ableiten:

Es seien folgende Variablen definiert:

Y = Bruttoinlandsprodukt

C = Konsumnachfrage

I = Investitionen (der Unternehmen)

G = Staatsausgaben

c = Konsumquote (von zusätzlichen Einnahmen)

s = Sparquote (= $1 - c$)

Im = Importquote

Dann gilt für das Bruttoinlandsprodukt:

$$Y = C + I + G + X - Im$$

Unter der Annahme, dass die Investitionen unverändert bleiben und sich auch der Import nicht verändert, gilt bei einer Veränderung der Staatsausgaben:

$$\Delta Y = \frac{\Delta G}{1 - c} = \frac{\Delta G}{s}$$

In diesem Fall gilt für den Multiplikator das Folgende:

$$M = \frac{1}{1 - c} = \frac{1}{s}$$

Da die Änderung der Staatsausgaben von den Einnahmen der Vermögensabgabe herrührt, müssen wir bei unserer Modellrechnung auch den Steuermultiplikator berücksichtigen. Der Steuermultiplikator gibt an, um wie viel sich das Volkseinkommen ändert, wenn eine

Änderung der direkten Steuern durchgeführt wird. In einer geschlossenen Volkswirtschaft mit aktiver Fiskalpolitik unterscheidet man zwischen dem Volkseinkommen und dem verfügbaren Einkommen. Für das verfügbare Einkommen der privaten Haushalte gilt:

$$Y_V = Y - T_{\text{dir}} + Tr$$

Wobei unter T_{dir} die direkten Steuern und unter Tr die Transferzahlungen verstanden werden.

Für das BIP gilt bei einer steuerlichen Maßnahme:

$$Y = C \cdot (Y - T_{\text{dir}} + Tr) + I + G$$

Für die Änderung des BIP durch die direkten Steuern gilt:

$$\Delta Y = -\frac{c \cdot \Delta T_{\text{dir}}}{1 - c}$$

Der Multiplikator ist also im Falle einer Steuersenkung um den Faktor c geringer als beim Impuls durch Erhöhung der Staatsausgaben.

In unserem Modell müssen wir beide Effekte berücksichtigen, da es hierbei um eine Vermögensabgabe als Finanzierungsquelle von höheren Staatsausgaben geht. In der klassischen Literatur findet man für den Fall einer steuerfinanzierten Erhöhung der Staatsausgaben das Haavelmo-Theorem. Dieses nach Trygve Magnus Haavelmo benannte Theorem besagt Folgendes:

Der Multiplikatoreffekt bei Staatsausgaben ΔG steigert die Nachfrage wie folgt ($c_1 =$ Konsumnachfrage):

$$\Delta Y = \frac{1}{1 - c_1} \Delta G$$

Der Multiplikatoreffekt bei Steuern ΔT senkt die Nachfrage, aber nur um

$$\Delta Y = -\frac{c_1}{1 - c_1} \Delta T$$

Zusammengenommen steigern steuerfinanzierte Staatsausgaben ($\Delta G = \Delta T$) die Nachfrage um

$$\Delta Y = \frac{1}{1 - c_1} \Delta G - \frac{c_1}{1 - c_1} \Delta T = \Delta G \left(\frac{1}{1 - c_1} - \frac{c_1}{1 - c_1} \right) = \Delta G$$

Für den Multiplikator gilt also nach Haavelmo und dem klassischen Konzept des „balanced budget multiplier“ (das davon ausgeht, dass höhere Staatsausgaben vollständig durch höhere

Steuern finanziert werden) $M = 1$. Der Nachfrageimpuls durch die höheren Staatsausgaben gleicht nach diesem Modell also gerade den Konsumrückgang durch die Steuererhöhung aus.

Der Multiplikatoreffekt einer Vermögensabgabe

Das oben vorgestellte Konzept einer Vermögensabgabe hat seinen Zweck darin, dass die Abgabe jenen aufgehalst wird, die aufgrund ihres großen Vermögens eine geringe Konsumquote haben und den Großteil ihrer Einkünfte sparen bzw. genauer gesagt in spekulative Finanzprodukten investieren. Fernerhin sollen die erzielten Einnahmen dazu dienen, jenen ein höheres Einkommen zu verschaffen, die sehr wohl zusätzlich verfügbares Einkommen überwiegend konsumieren. Damit muss jedoch die Annahme des Haavelmo-Theorems in Frage gestellt werden, dass die Konsumquote c für den Staatsausgabeneffekt und Steuereffekt gleichzusetzen sind.

Wir möchten daher anregen, bei den beiden Effekten auf die Veränderung des Bruttoinlandsproduktes verschiedene Werte anzunehmen. Es sei also c = Konsumquote der Profiteure der Staatsausgaben G . c_1 hingegen sei die Konsumquote der von der Vermögensabgabe ΔT Betroffenen. Da c_1 kleiner als c ist, ist M größer als 1 und für die Veränderung des BIPs gilt:

$$\Delta Y = \frac{\Delta G}{1 - c} - \frac{c_1}{1 - c_1} \Delta T$$

Da $\Delta G = \Delta T$ gilt weiters, dass der Multiplikator für unseren Fall wie folgt ausfällt:

$$M = (1/1 - c) - (c_1/1 - c_1)$$

Wenn wir annehmen, dass $c_1 = c/3$ ist und $c = 3/4$, dann erhalten wir als Multiplikator 3,5. Selbst wenn wir $c = 2/3$ und $c_1 = c/2$ ansetzen, ergibt sich immer noch ein Multiplikator von 2,5. Damit sind wir in einer Größenordnung die deutlich über den Annahmen des Haavelmo-Theorems liegt.

Wirtschaftswachstum und Steigerung des BIP

Wenn wir einen Wert von M genau in der Mitte annehmen, also $M = 3$, dann kommen wir hinsichtlich des Wachstumsimpulses unserer Vermögensabgabe (VA) zu einem Ergebnis, das nicht einmal in boomenden Schwellenländern anzutreffen ist. Gehen wir von einem aktuellen BIP mit ca. 300 Mrd. Euro aus, dann kommen wir für die nächsten zehn Jahre zu folgenden Wachstumseffekten, wenn wir annehmen, dass von 120 Mrd. Euro Wachstum 20 Mrd. in den Import gehen:

Jahr der VA	BIP in Mrd. €	Wachstum (in %)
1. Jahr	400	33
2. Jahr	500	25
3. Jahr	600	20
4. Jahr	700	17
5. Jahr	800	14
6. Jahr	900	12,5
7. Jahr	1000	11
8. Jahr	1100	10
9. Jahr	1200	9
10. Jahr	1300	8

Entwicklung von Beschäftigung und Arbeitslosigkeit

Eine solche explosive Steigerung der Konsumnachfrage und damit einhergehend des Wachstums hätte natürlich auch exorbitante Auswirkungen auf die Beschäftigung. Nicht nur die Zahl der Beschäftigten würde stark steigen und die Arbeitslosenquote zurückgehen, auch die Höhe der Einkommen würde deutlich steigen. Die Vertreter der neoklassischen Wirtschaftstheorie und die Ideologen des Neoliberalismus würden in diesem Zusammenhang sofort mit Entsetzen das Menetekel einer außer Kontrolle geratenden Inflation wegen völlig überhitzter Konjunktur an die Wand malen und mahnend beschwören, wir sollten doch bitte die Phillipskurve nicht vergessen und die katastrophalen Folgen einer solcherart über uns hereinstürzenden Vollbeschäftigung nicht außer Acht lassen.

Der Zusammenhang zwischen Wachstum und Beschäftigung ist unbestritten; wie Wachstum und Beschäftigung jedoch genau zusammenhängen, ist eine der schwierigsten Fragestellungen der Volkswirtschaftslehre. Ein Versuch diesen Zusammenhang arithmetisch zu erfassen, ist Okuns Gesetz, für das es mehrere Modelle gibt.

Eine verbreitete Formulierung des Zusammenhanges lautet: Wenn u_t die Arbeitslosenquote des aktuellen Jahres und u_{t-1} die Arbeitslosenquote des Vorjahres ist, so ist der Zusammenhang zwischen Wachstum und Arbeitslosenquote:

$$u_t - u_{t-1} = -\beta(g_{yt} - \bar{g}_y)$$

Der Koeffizient β beschreibt dabei den Zusammenhang zwischen dem Produktionswachstum und der Veränderung der Arbeitslosenquote. Damit gibt er Auskunft darüber, wie sensibel die Arbeitslosenquote auf das Wirtschaftswachstum reagiert. \bar{g}_y repräsentiert das Produktionswachstum, ab dem die Arbeitslosigkeit sinkt. g_{yt} ist die prozentuale Veränderung

des realen BIPs seit dem Vorjahr. Die Werte von β und \bar{g}_y sind nur empirisch zu bestimmen; sie sind von Land zu Land verschieden und haben sich über die letzten Jahrzehnte verändert. Heute ist weit weniger Wachstum nötig, um eine Zunahme der Beschäftigung zu erzielen. Ob deshalb die Werte der letzten 20 Jahre für die Einschätzung der Beschäftigungswirksamkeit einer Vermögensabgabe geeignet sind, ist fraglich, da wir in dieser Zeit mit sehr viel kleineren Wachstumsraten zu tun hatten.

Um dennoch einen Versuch zu wagen, möchten wir einen durchschnittlichen Wert für β von 0,35 und für \bar{g}_y von 2,0 aus den Daten von der 6 Industrienationen USA, GB, Frankreich, D, Italien und Japan für 1990 bis 2007 nehmen. Unter dieser Voraussetzung kommen wir zu den folgenden Ergebnissen für den Rückgang der Arbeitslosigkeit (AL):

Jahr	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10
ΔAL in %	-11	-8	-6	-5	-4	-3,5	-3	-2,7	-2,4	-2,1

Da der Rückgang in den ersten Jahren extrem hoch ist, würde schon nach kurzer Zeit Vollbeschäftigung eintreten und die Wachstumsimpulse würden sich nur noch auf die Lohnhöhe auswirken. Unter diesen Voraussetzungen würden zwar auch Keynesianer von einer Steigerung der Inflation ausgehen. Solange jedoch die Reallohnzuwächse über der Inflationsrate liegen und die Inflationsrate im moderaten einstelligen Bereich bleibt, hätte das weiter keine schlimmen Folgen.

Verwendete Literatur

Arbeiterkammer Niederösterreich (Hg.): Perspektiven einer Vermögensbesteuerung, Wien 2011

Arbeiterkammer Oberösterreich (Hg.): Verteilung der Vermögen in Österreich, Linz 2011

Arbeiterkammer Wien (Hg.): Verteilungspolitik: Wo bleibt die Verteilungsgerechtigkeit, 2 Bände, Wien 2012

T. Haavelmo: Multiplier Effects of a Balanced Budget, in: *Econometrica* 13, S. 311-318, 1945

John Maynard Keynes: The General Theory of Employment, Interest, and Money, 5th edition, New York 1997

Paul Krugman / Robin Wells: Volkswirtschaftslehre, Stuttgart 2010

ÖNB (Fessler, Mooslechner, Schürz, Wagner): Das Immobilienvermögen privater Haushalte in Österreich, in: Geldpolitik & Wirtschaft Q2/09

ÖNB (Mooslechner, Schürz): Verteilung der Geldvermögen“, in: Sozialbericht 2007-2008

Christina D. Romer: Fiscal Policy in the Crisis: Lessons and Policy Implications, Berkeley 2012

Paul A. Samuelson / William D. Nordhaus: Volkswirtschaftslehre, 4. aktualisierte Auflage, München 2010

Erich und Monika Streissler: Grundzüge der Volkswirtschaftslehre für Juristen, 3. durchgesehene Auflage, Wien 1986

Der Autor:

Dr. Gerhard Treiber ist Vorstandsmitglied von ATTAC Österreich und arbeitet in der Öffentlichkeitsarbeit der Arbeiterkammer Niederösterreich.